



Deutschland will den Krieg

Oder wie soll man das sonst verstehen, wenn täglich von Mitgliedern der regierenden Koalition der Krieg in der Ukraine zu *unserer*, also *Deutschlands Sache* erklärt wird? Wenn zu jeder Gelegenheit die Entsendung von mehr und schwereren Waffen aus Deutschland in die Ukraine gefordert wird und das auch in steigendem Umfang stattfindet? Wenn es regierungsamtliche Linie ist, die Ukraine in ihrer Kriegsführung dauerhaft zu unterstützen, solange sie das braucht?

Natürlich steht das alles unter dem Motto, es ginge darum, den Ukrainern zu helfen. Wobei denn?

Natürlich heißt der Zweck: den Krieg beenden. Aber welcher Staat führt denn Krieg, damit er nie aufhört? Für alle gilt die selbstverständliche Randbedingung, und die gilt erklärtermaßen für Deutschlands Beihilfe auch: Ein Ende gibt es nur zu unseren Bedingungen. Genau die Absicht, möglichst schnell ans Ende zu kommen, macht Kriege scharf und zieht sie in die Länge.

Natürlich will niemand explizit die anfallenden Opfer. Aber die auf der feindlichen Seite schon, sogar möglichst viele davon; wofür sonst wären die gelieferten Waffen gut? Und die Opfer auf der eigenen Seite, der ukrainischen in dem Fall, heißen Helden, sterben den Heldentod – ist das etwas anderes als ein Ja dazu?

Aber was gibt es da überhaupt zu beweisen? Deutschland nennt klar und deutlich *sein* Kriegsziel: Russland darf nicht gewinnen. Es soll dermaßen verlieren, dass es zu einer Kriegsführung der jetzigen Art nicht mehr in der Lage ist. Dazu will Deutschland beitragen, was dafür nötig ist und was es leisten kann. Und wenn das Monate oder sogar Jahre dauert.

Deutschland? Gibt es nicht auch andere politische Willensbekundungen? Ja, gewiss. Es gibt eine große Oppositionspartei, der ist der Kriegswille der Regierung immerzu nicht entschieden genug; die klagt Verzögerung und Zurückhaltung bei der Lieferung immer schwererer Waffen an. Es gibt eine rechte Opposition im Parlament, die lehnt den Krieg zum Auftakt gar nicht ab und dann doch mit dem Argument: Das ist *nicht unser* Krieg. Tut man der AfD Unrecht, wenn man das so versteht: Nicht der Krieg, sondern sein unzureichender Ertrag für die deutsche Sache, welche auch immer, ist das Problem? Vielleicht muss die Außenministerin der AfD den nationalen Nutzen der Sache einfach mal ohne moralische Emphase besser erklären.

Und die Linke, parlamentarisch vertreten durch die Linkspartei: was kritisiert die eigentlich, wenn sie darauf aufmerksam macht, dass die NATO zur kriegerischen Zuspitzung der Konfliktlage in der Ukraine doch auch einiges beigetragen hat – ein Hinweis, nebenbei, der den Rechten als Beleg für den *supra*-, also *antinationalen* Charakter des Kriegs gut gefällt – ? Der Krieg darf nicht einseitig Putin zur Last gelegt werden; schuld ist auch der Westen. Na und? Krieg findet immer nur statt, weil *alle* Beteiligten ihn wollen. Alle Seiten wollen ihn, weil sie ihn im Interesse ihrer Nation notwendig finden. Ist das etwa ein Grund, für die eine, die andere oder sogar beide Seiten auf mildernde Umstände zu plädieren? Im Sinne der Frage etwa, die die Machthaber gerne an ein skeptisches Publikum stellen: Was hätten wir denn, angesichts der Bosheit unseres Feindes, sonst tun sollen? Das Einzige, was aus der allseits beschworenen Unvermeidbarkeit des Krieges wirklich folgt, ist die staatsfeindliche Einsicht: Sie werden schon recht haben. Mit ihrem Krieg folgen sie einem Gebot ihrer Staatsräson. Will sagen: Politische Herrschaft ist ohne einen in ihrer Rason, ihrem Daseinszweck enthaltenen Grund, für *ihre Selbstbehauptung* auf der eigenen wie vor allem auf der feindlichen Seite über Leichen zu gehen, nicht zu haben. Für souveräne Gewalten ist Krieg – ganz höflich gesprochen – eine Option, auf die sie schlechterdings nicht verzichten. Die Linke mit

ihrem Votum für Gerechtigkeit in der Kriegsschuldfrage meint das Gegenteil: *Der* Krieg wäre doch nicht nötig gewesen. Und will nicht wahrhaben, dass der Kriegswille beider Seiten ihre Diagnose blamiert.

Was bleibt? Deutschland will den Krieg. Und das, ohne dass die Deutschen ihn beantragt hätten. Das brauchen sie auch gar nicht; dafür gibt es in der herrschenden Demokratie gar keinen Platz; da beschließen und verordnen und exekutieren per Befehl und Gehorsam die Gewählten, was die Nation will.

Natürlich gehört dazu auch, das ist nicht vergessen, dass Deutschland den Krieg nicht angefangen hat. Aber was heißt das schon? Nachdem es die russische Invasion der Ukraine und die westliche Antwort darauf nun mal gibt, will Deutschland ihn auch durchziehen; mit dem immer wieder erklärten Ziel einer russischen Niederlage.

Sicher, eine richtige Kriegserklärung von deutscher Seite, nach dem Lehrbuch der Diplomatie, gibt es nicht. Und so sehr die Regierenden und Mit-Regierenden in Berlin den Krieg zu ihrer Sache erklären und machen und mit Waffenlieferungen zu seiner Eskalation beitragen: Kriegspartei im eigentlichen Sinn wollen sie nicht sein. Aber was sind sie dann?

Uneigentliche Kriegspartei sind sie und wollen sie bleiben – im Klartext: Deutschland will den Krieg, *aber nicht seine wirklichen Kosten*. Geld und Material sind geschenkt; Tote und Verwüstung fallen in der Ukraine an und nicht beim wild entschlossenen Sponsor. Deutschland will den Krieg gegen Russland – in der Ukraine.

Moralisch gesehen ist das ein Zynismus der gehobenen Sorte. Sachlich ist es ein Widerspruch eigener Art. An Putins Russland ergeht die Ansage, dass es – die Rason, nach der es handelt, seine Existenz als Machtbereich des Moskauer Souveräns – mit der Staatsräson Deutschlands *schlechterdings unvereinbar* ist. Die braucht man deswegen gar nicht zu erklären. Für den Unvereinbarkeitsbeschluss, der daraus folgt, reicht der Hinweis auf „unsere Werte“ und die „Verbrechen“, die Russlands Präsident mit seinem „Angriffskrieg“ begeht; der Idealismus der Werte steht für die Kompromisslosigkeit dieses Beschlusses. Dem russischen Staat wird die gewohnte *Koexistenz aufgekündigt*. Umgekehrt geht Deutschland davon aus, dass eine entsprechende Kündigung von russischer Seite nicht erfolgt, und schon gar kein praktischer Übergriff, der mit dem deutschen Bekenntnis zu dem laufenden Krieg als *unserer Sache* wirklich kriegerisch Ernst machen würde. Das funktioniert, einstweilen. Den Widerspruch einer einseitigen Aufkündigung des friedlichen Zusammenlebens, die man Putin vorwirft und selber praktiziert, kann Deutschland sich nur deswegen leisten, weil – und solange, wie – Russland gegen Deutschland *nicht* das wahr macht, was man seinem Präsidenten vorwirft: Beendigung des Friedenszustands. Also weil und solange Putin an dem Standpunkt einer auf die Ukraine beschränkten „militärischen Spezialoperation“ festhält, der ihm gerade aus Berlin als pure Heuchelei angekreidet wird. In Wahrheit ist der die Geschäftsgrundlage des deutschen Kriegswillens.

Auf dieser Grundlage erlaubt sich Deutschland eine Steigerung seines Engagements, das den Kriegspolitikern der Nation immerzu noch lange nicht reicht. Bestätigt und ermutigt findet man sich durch Erfolge der eigenen Seite auf dem ukrainischen Schauplatz; schon beim gescheiterten russischen Vorstoß auf Kiew, erst recht bei der ukrainischen Gegenoffensive im Osten des Landes. Da hat man den Beweis, dass doch tatsächlich, Stück für Stück, geht, was man mit der immer besseren Ausstattung der heldenhaften Kämpfer für die gemeinsame Sache bezweckt: Man hat dem Feind geschadet, ohne dass der zurückschlägt. Deutschland nimmt das als guten Grund dafür, mehr zu tun. Dass die russische

DISKUSSIONSVERANSTALTUNG

Dienstag, 25. Oktober 2022, 19 Uhr
Studierendenhaus, Campus Bockenheim, Raum K2

Lehren aus dem Wirtschaftskrieg

Sechs Monate Krieg in der Ukraine führen nicht nur vor, dass die regelbasierte Weltordnung, auf die sich alle Gegner berufen und deren Verletzung sie sich gegenseitig vorwerfen, eine Brutstätte für die Gegensätze ist, die nun im Krieg ausgekämpft werden. Vielmehr zeigt der westliche Wirtschaftskrieg gegen Russland auch noch dies:

Die Ergebnisse des vielgepriesenen zivilen Staatenverkehrs – also der globalisierten Konkurrenz um Geld, Kapital und Kredit – stattdessen die kapitalistischen Führungsmächte mit ökonomischen Machtmitteln aus, die sie jetzt als Waffen einsetzen, um Russlands zivile Basis zu zerstören.

Worin ihre Waffen bestehen und wie die Umwidmung von zivilen Abhängigkeitsverhältnissen in Mittel einer Kriegsführung funktioniert und was daran über die kapitalistische Weltordnung deutlich wird, darüber wollen wir mit euch diskutieren.

Regierung sich genötigt sieht, eine Teilmobilisierung anzuordnen, einstweilen ohne die Fiktion einer bloßen „militärischen Spezialoperation“ aufzugeben und ohne sich zu dem Landkrieg zu bekennen, den es tatsächlich führt, wird mit offensiver Risikobereitschaft zur Kenntnis genommen und in der politischen Öffentlichkeit triumphierend als Fortschritt im gewünschten Kriegsverlauf gewertet, der zum Nachsetzen verpflichtet. So als könnte man die substanzielle Ausweitung des Krieges gar nicht mehr abwarten – und als bräuhete man trotzdem mit einer eigenen Gefährdung weiter gar nicht zu rechnen.

Die immer mal wieder in Erinnerung gebrachte Gefahr, dass Russland mit dem mehrfach angeordneten Übergang zum Einsatz von Atomwaffen unbestimmten Kalibers Ernst machen könnte, wird auf gleiche Weise angstfrei eingeordnet. Dass Deutschland im Schulterchluss mit den USA und als wichtige europäische NATO-Macht seinerseits jeden Übergang in Richtung einer direkten Konfrontation des Westens mit Russland und eines dann kaum zu vermeidenden dritten Weltkrieges ablehnt, gilt schon als Vorkehrung dafür, dass der auch von der anderen Seite her nicht stattfindet. Was an Restrisikobewusstsein verbleibt, darf vor allem kein Einwand gegen die nationale Kriegsbereitschaft sein; vor dem Anzeichen von Schwäche, als welches jede Rücksichtnahme auf das feindliche Nuklearwaffenarsenal missverstanden werden könnte, warnen Politik und Öffentlichkeit ihr Deutschland jedenfalls deutlich mehr als vor den Szenarios, deren Pläne für den Fall einer Ausweitung des Krieges über die Ukraine hinaus in den Schubladen der russischen wie der westlichen Kriegspläne liegen.

Als NATO-Macht denkt und plant Deutschland in einem ganz anderen Sinn über den gewollten Erfolg im Ukraine-Krieg hinaus. Nach sechs Monaten Krieg steht den zuständigen Kriegspolitikern die Option vor Augen, Russlands Militärmacht auf der Ebene der konventionellen Kriegsführung auf Dauer auszuschalten. Für sie ist es kein Größenwahn, sondern eine erreichbare Zielvorgabe, aus Deutschland in absehbarer Zeit eine Führungsmacht des europäischen Pfeilers der NATO zu machen, die die Friedensordnung in Europa sichert, gegen die Putin sich mit seinem Angriff auf die Positionen des Westens in der Ukraine und auf die Führung des so schön brauchbaren Landes vergangen hat. In der Perspektive machen jedenfalls die 100 Milliarden für die Bundeswehr und das Ernstmachen mit den jährlichen 2 % des BIP für Deutschlands Rüstung viel mehr Sinn, als wenn es bloß um

die durchgreifende Behebung von Ausrüstungsmängeln ginge. Was mit dem Sieg deutscher und anderer westlicher Waffen, sogar in den Händen ausbildungsbedürftiger slawischer Kriegshelden, so verheißungsvoll angefangen hat, muss sich doch, wenn Deutschland es in die Hand nimmt, an der gesamten Westgrenze Russlands auf Dauer garantieren lassen: russische Unterlegenheit auf allen denkbaren Schauplätzen eines „konventionellen“ Krieges.

Die Beschaffung geeigneter Flugzeuge, um von deutschem Boden aus amerikanische Atombomben ins russische Ziel zu bringen – die erste größere Ausgabe aus dem 100-Milliarden-Fonds –, ist die logische Ergänzung dieses Programms; geboten nach der Logik militärischer Abschreckung, auf die Deutschland sich mit seinem Kriegswillen tatsächlich verlässt. Die lautet schlicht: Wenn Krieg zu führen ist, dann um ihn zu gewinnen, und in der Sicherheit, ihn erfolgreich gestalten zu können. Das erfordert Bereitschaft und Fähigkeit, das „Kriegsglück“ zu beherrschen, also in der Inszenierung und Eskalation des Kriegsgeschehens dem Gegner immer einen Schritt voraus zu sein. Wer wirksam abschrecken will, darf gar nicht erst in die Not geraten, aus einer Defensive heraus zum nächstgrößeren Kaliber greifen zu müssen; der muss im Ernstfall seinen Feind in diese Notlage bringen; und zwar mindestens, bis der nicht länger mit-, also dagegenhalten *will*; letztlich und in Wahrheit, bis der sich nicht mehr wirksam zur Wehr setzen *kann*. Mit seiner – für sich genommen noch so bescheidenen – „nuklearen Teilhabe“ gewinnt Deutschland als konventionell potente Kriegsmacht Anschluss an die Sorte Kriegsführung, die mit atomaren Gefechtsfeldwaffen anfängt – solchen also, die ganze Landstriche sogar als Gefechtsfeld vernichten und unbrauchbar machen – und die erst gar nicht in den finalen strategischen Schlagabtausch einmünden soll, den die Supermacht und ihr Hauptfeind immer noch als undurchführbar, weil für keinen imperialistischen Zweck mehr tauglich verwerfen und folglich nur umso sorgfältiger durchkalkulieren und vorbereiten.

Bleibt aktuell bis auf Weiteres die Frage, *wie viel* von dem Krieg gegen Russland, den es in der Ukraine durchziehen hilft, Deutschland will. Wahrscheinlich ist die Frage schon die Antwort: Fürs Erste *so viel*, wie sich *in der Ukraine* durchziehen lässt.

Der Krieg und du

Die Welt erlebt Krieg in der Ukraine. Sie erlebt, wie Staaten für ihre Selbsterhaltung – wer dieses „Selbst“ ist und was dazu gehört, definieren sie selbst – in großem Stil über Leichen gehen. Und die Menschen, welt- und vor allem europaweit, reagieren: mit bedingungsloser Selbstverpflichtung zu moralischer Parteinahme.

Geht's noch?

Die Sache wird nicht besser, wenn die nachdenkliche Privatperson zu dem weisen Schluss kommt, dass irgendwie keine der Mächte, die als Kriegsparteien gegeneinander über Leichen gehen, ihre kostbare uneingeschränkte Parteinahme verdient. Man erlebt, wie Staaten über Menschenleben verfügen, wenn es für sie ernst wird in ihrem Gegeneinander; man erlebt – auch wenn man das Glück hat, nicht vor Ort zu sein – die totale eigene Ohnmacht gegenüber den brutalen staatlichen Verfügungen. Und dann imaginiert man sich als Richter, der über Recht und Unrecht staatlicher Machtentfaltung befindet; schaut von oben herab auf Leichen und Verwüstungen und fühlt sich allen Ernstes zur Antwort auf die Frage berufen: *Dürfen die das?*

Klar, die Frage stellt sich, hierzulande wenigstens, so gut wie kein Zeitgenosse; weil schon die Feststellung, dass hier Staaten als Kriegsparteien über Leichen gehen – also zeigen, was in ihnen als souveränen Mächten steckt –, längst zurückgewiesen ist: Hier hat doch eine Seite angegriffen, die andere sich nur verteidigt, ist folglich die gute und verdient

fraglos Parteinahme. Deswegen noch mal: In der Ukraine wird verwüstet, wird getötet und gestorben, weil Staaten mit dem Einsatz, also der zweckmäßigen Verschleuderung von Leben, des Überlebens ihrer und der Leute ihres Gegners, betätigen, was sie als ihr gutes Recht, als mit dem Feind unvereinbares „Selbst“ definieren. Und ausgerechnet deswegen, weil einen das nicht kaltlässt, wäre es unabweisbar, tief im Innern für die eine und gegen die andere Seite zu sein? Man erfährt, was die Privatperson im Krieg zählt, nämlich gar nichts, und wünscht dem Krieg den richtigen Ausgang? Ist man dann eigentlich noch ganz bei Trost?

In der Ukraine prallen die zwei militärischen Weltmächte aufeinander, die sich in überreichlichem Maß Gewaltmittel verschafft und deren Einsatz auch schon durchgeplant und vorbereitet haben, um auf einer finalen Stufe ihrer kriegerischen Kollision einen Großteil der Menschheit umzubringen und die Lebensbedingungen auf der Erde zu zerstören. Am „Fall“ Ukraine erleben wir einen ersten Schritt vom kriegerischen Erpressen zum kriegerischen Zerstören, wie er in der Kriegsdoktrin der beiden Weltmächte vorgezeichnet ist; den Einstieg in die Eskalation, von deren Endpunkt beide Seiten versichern, dass er nie stattfinden darf. Und mit dem sie gleichwohl so ernsthaft drohen, dass die dafür Zuständigen einander davor warnen, ernst zu machen – was die diplomatische Art ist, einander eben damit zu drohen.

Soll man als betroffene Privatperson da immer

noch Partei ergreifen? Wo final unübersehbar deutlich wird, wie Staaten das Verhältnis zwischen sich, dem eigenen souverän definierten Existenzrecht, und dem Menschenmaterial sehen und handhaben, das sie nach Nationen sortieren? Oder soll man wieder in weiser Abwägung beiden Seiten im Blick auf den letzten Übergang gleichermaßen Unrecht geben – zwei Mächten, die stolz darauf sind, *kein* Recht anzuerkennen als das, das sie sich selbst zuerkennen; als ‚God's own Country‘ in der einen oder der anderen Version?

Es ist ganz einfach inadäquat, unhöflich gesprochen: extrem albern, mit dem privaten Moralismus des betroffenen Menschen auf die Brutalität des Rechts zu reagieren, mit dem Staaten, vom kleinsten bis zu den weltvernichtungsfähigen Großmächten, agieren.

Anders sieht es aus, wenn man nicht wirklich als humanitär herausgeforderte Privatperson, sondern als moralisch in Anspruch genommener Staatsbürger denkt und urteilt. Dann *ist* man Partei, noch bevor man Partei *nimmt*. Das ist der wirkliche Grund, weshalb eine aufgeweckte Bürgerschaft niemandem Unparteilichkeit durchgehen lässt. Wer die richtige Stellungnahme nicht abliefern kann, schließt sich aus der Partei aus, die die Nation *ergreift*, weil – und soweit – sie im aktuell stattfindenden, am Ende nolens volens auch im sachgerecht eskalierenden, final ausufernden Staaten-Gemetzel Partei *ist*. Diese Parteilichkeit wird mit Bildmaterial und Sprachregelungen versorgt, die wiederum den

Menschen als empfindende Privatperson rühren – sollen – und doch zugleich regelmäßig etwas ganz anderes bewirken – und bewirken sollen: Im von Staats wegen angerichteten Leid und Elend nimmt das informierte Individuum nicht mehr seine Ohnmacht gegenüber den Staatsgewalten wahr, die ganze Völkerschaften für ihren Selbsterhaltungswillen funktionalisieren; es versteht sich als *Repräsentant* der Macht, die über es verfügt. Folglich werden dann auch nicht einfach Opfer bedauert und Täter verabscheut, sondern Waffen für Täter auf der politisch richtigen Seite gefordert und Freiwillige wie Dienstverpflichtete zu Kriegstaten ermutigt.

Zumindest diese geistigen Missgriffe: den humanitären wie den staatsbürgerlichen und deren gesinnungsmäßige so produktive Kombination, kann man sich sparen – auch wenn es einem weder den Krieg noch die Kriegsbegeisterung empörter Mitbürger erspart. Denn das geht ja immerhin: sich und allen, die bereit sind zuzuhören, den Krieg und seine Gründe, die allgemeinen eines jeden staatlichen Souveräns wie die besonderen weltkriegstauglichen von NATO und Russland, *erklären*. Angebote finden sich in der Zeitschrift GEGENSTANDPUNKT bzw. in dieser Zeitung auf S. 4 unten. Hoffnung – ohnehin nichts als eine der Haupttugenden eines kriegsfesten Moralismus – kann man daraus zwar bestimmt nicht schöpfen. Aber wenigstens ist man dann nicht auch noch mit der eigenen Urteilskraft das Spielmaterial der großen bewaffneten Rechthaber.

Zur Machart freiheitlich-demokratischer Kriegspropaganda

Informationen zum Angriffskrieg

Die deutsche Öffentlichkeit steht eindeutig zum russisch-ukrainischen Krieg. Sie teilt ihrem Publikum tagtäglich mit, was in der Ukraine vor sich geht und „uns“ aufregen muss. Dabei ist eins klar: Um *Krieg* geht es bei allen Bildern und Berichten aus dem Krieg *nicht*. Ein Urteil über die Krieg führenden Subjekte – über *den Staat* in seiner Eigenschaft als Gewaltmonopolist, der über Leichen geht, als Befehlshaber, der seine Bevölkerung zum Töten und Sterben kommandiert, als Souverän, der in aller Freiheit und mit seinem höchsten Recht Menschen als sein Kampfmittel gegen seinesgleichen benutzt und verschleißt – fällt konsequent nicht; also auch nicht über die brutale *Räson* einer – wenn's ernst wird einer *jeden* – politischen Herrschaft, die im Krieg am Werk ist: über das ganz staatseigene wirkliche Verhältnis zwischen der Selbsterhaltung dieser Macht und dem Überleben ihres uniformierten wie nicht-uniformierten Bürgermaterials. Das alles ist pauschal abgeräumt mit dem Stichwort, ohne das man sich *diesen* Krieg überhaupt nicht denken darf: *Angriffskrieg*.

Dass da – wie in noch jedem Krieg – eine Seite losgeschlagen hat, die andere mit allem verfügbaren Personal und allen verfügbar gemachten Waffen dagegenhält, sodass die Berichterstatte ganz viel Sensationelles zu berichten haben, ist allein schon mit dieser Kennzeichnung moralisch eingeordnet: eingeordnet auf der einen Seite in das Verdikt über einen *Angreifer*, über den man außer dem Willen zum Angriff nichts wissen muss, schon gar nicht irgendetwas Kritisches über die existenziellen Bedürfnisse souveräner Herrschaftsmacht, der da eine Regierung eigene Soldaten wie fremde Untertanen opfert; über die andere Seite ist spiegelbildlich ebenso abstrakt alles gesagt mit der Kategorie des *überfallenen Opfers*, die eine Staatsgewalt, die ihren exklusiven souveränen Zugriff auf Land und Leute verteidigt, indem *sie* beides opfert, unmittelbar in eins setzt mit den Menschen, die an dieser Benutzung durch ihre nationale Herrschaft zugrunde gehen. Richtig informiert ist der Adressat von ARD bis ZERT, wenn er eine regelmäßig abrufbare *Empörung* pflegt, mit der er sich jedes Mal aufs Neue demonstrativ ans Hirn greift und nicht fassen „kann“, warum *Russland* so viel Leid anrichtet und Leichen produziert. Die Berichte über die täglich Getöteten, die seit Kriegsbeginn getöteten Kinder, wann wo eine Rakete einschlägt und wie es den Leuten geht, die zwar überleben, aber

ihr Zuhause und Familienangehörige verlieren, illustrieren nicht die Brutalität des Rechts, mit dem Höchste Gewalten ihre Staatsbürger im Ernstfall total funktionalisieren, auch nicht des hoheitlichen Selbstbehauptungswillens, der sie auffrisst: Sie bebildern vielmehr das strafwürdige *Unrecht* der einen, die Unschuld der anderen Kriegspartei. Alle Informationen übermitteln diese Botschaft, die mit der überhaupt nicht militärischen, überhaupt nicht strategischen, sondern rein moralischen und als solche unverrückbaren Unterscheidung zwischen *Angriff* und *Verteidigung* feststeht.

So ganz von allein geben Horrorbilder und Frontberichte *diese* Botschaft freilich doch nicht her. Da bedarf es schon der Sprachregelung, die das Geschehen stereotyp *Angriffskrieg* nennt – so wie die Gegenseite auf der Bezeichnung „militärische Spezialoperation“ besteht –, damit die berichteten Fakten unmittelbar schon für ihre Deutung sprechen. Und es gibt im Repertoire der freiheitlichen Öffentlichkeit ein paar Zusätze *methodischer* Art zu dieser Gleichung: nichts, was in die verfängliche Richtung einer Erklärung der staatlichen Interessen gehen würde, sondern Zusätze, die ganz formell die Stichhaltigkeit der unterstellten Identität von Parteilichkeit und Faktenlage beglaubigen.

Glaubwürdigkeit

Die deutschen Leitmedien bringen den Verdacht, ihre Berichte seien voreingenommen, selbst ins Spiel, noch bevor er von anderer Stelle erhoben werden kann: Sie versehen die tagesaktuellen Auskünfte über die Kriegsoffer, das neueste Zerstörungswerk und die gegenseitigen Anschuldigungen der Kriegsparteien regelmäßig mit dem Hinweis, die verbreiteten Informationen könnten nicht von unabhängiger Stelle überprüft werden. Offenbar gehen die Redaktionen davon aus, dass beide Kriegsparteien eine verlogene Informationspolitik betreiben und dass ein skeptisches Publikum vor ihren Berichten sitzt, das ihre journalistische Arbeit möglicherweise der *Einseitigkeit* verdächtigt. Indem sie gemäß presseethischer Standards einräumen, sich mit ihren Auskünften eventuell zum Medium für interessierte Darstellungen der Kriegsparteien zu machen, nehmen sie diese Skepsis vorweg, lenken sie auf ihre Quellen und machen sich selbst damit über jeden Zweifel erhaben. Ihre demonstrierte methodische Skepsis macht sie in puncto Faktentreue glaubwürdig, und ihre Glaubwürdigkeit spricht für die Richtigkeit sämtlicher Urteile, die sie als „die Sachlage“ präsentieren: über den Krieg und seine Gründe,

die Kriegsparteien und ihre Zwecke und darüber, was man davon zu halten hat.

Authentizität

Die „unabhängige Stelle“ vor Ort sind die *Auslandskorrespondenten*. Sie versorgen das Publikum mit Informationen, die ein Qualitätssiegel aufweisen: Sie stammen aus erster Hand. Die Reporter geben darüber hinaus mit ihren Kamerateams Einblicke in die Geschehnisse im Kriegsland. Echte Ukrainer kommen zu Wort vor ihren zerstörten Häusern und am Grab ihrer Verwandten. Ihre erlebbar gemachte Betroffenheit vom Krieg spricht Bände. Und zwar nicht etwa darüber, dass hier ein Staat für seine militärischen Erfolge alles einäschert, worin sich Soldaten des anderen verschanzen könnten, und dass der andere Staat sein Volk und seine Behausungen der Vernichtung preisgibt, um sich als Herrschaft über sie zu behaupten. Nichts läge ferner: Die Opfer sind vielmehr Kronzeugen für die besondere Bösartigkeit der Russen, deren Angriffe ihrem bescheidenen Leben gelten. Umgekehrt steht ihre Unschuld für die unhinterfragbare Gutartigkeit der ukrainischen Kriegspartei – ein *Quidproquo*, das die Interviewten dankenswerterweise der Kundgabe ihres Elends oft selbst hinzufügen. Sie beglaubigen die *Identität* zwischen ukrainischer Macht und den Menschen, die sie kriegerisch in Anspruch nimmt. Die deutsche Berichterstattung zeigt zwar vor allem Kriegsschäden in den Gebieten, die unter der Kontrolle Kiews stehen, und das Schicksal der dort ansässigen Bevölkerung. Die Zerstörungen und zivilen Opfer auf russischer Seite braucht sie jedoch überhaupt nicht zu verschweigen. Sie hat alle Freiheit, die lebhaften Aufnahmen des Elends nach Bedarf einzuordnen und auch russische Opfer für dieselbe Hauptbotschaft sprechen zu lassen: Bildmaterial des russischen Staatsfernsehens von ukrainischen Artillerieangriffen auf russische Siedlungen, in dem ebenfalls wehklagende Babuschkas zu Wort kommen, bebildern, dass die russische Staatsführung auch ihr eigenes Volk in einen verwerflichen Angriffskrieg verwickelt. Die entsprechende deutsche Kommentierung aus dem Off hilft der korrekten Interpretation auf die Sprünge.

Einige Auslandskorrespondenten wagen sich mit Schutzweste und Stahlhelm an die Front, um dort Soldaten zu interviewen. Daher fehlt es auch nicht an authentischen Einblicken ins *Elend des Soldatenlebens*: Es ist in diesem industrialisierten Gemetzel dafür zu riskieren, das Leben von anderen Soldaten zu beenden,

der Soldat hat immer wieder Angst, im Bombenhagel zu sterben, macht neben Ratten Pause im Schützengraben, siecht im Lazarett und Kameraden sind bereits in erklecklicher Zahl draufgegangen. All das stellt freilich nicht unter Beweis, wie brutal und unwahr es ist, wenn die so oder so an die Front geschickten Handlanger der Gewalt den Sieg zu ihrer höchstpersönlichen Angelegenheit erklären. Im Gegenteil: Die bis ins Wohnzimmer der Zuschauer nachvollziehbar gemachten Härten stehen für das *Heldentum* der Soldaten, die all das in Kauf nehmen, um ihr Land, Mütter und Kinder zu verteidigen – freilich nur auf der westlichen Seite der Front, auf der die Interviews stattfinden. Das Publikum lernt über Kurzbeiträge immer mehr tapfere junge Männer – und Frauen! – mit ihren Vornamen oder martialischen Kampfnamen kennen. So sammeln sich die Belege: Die ukrainischen Helden im Kampf gegen das Böse gibt es wirklich und sie sind zahlreich. Die Nähe zu den Soldaten und die damit gegebene Authentizität der Reportagen gewährleisten „Sicherheitsbeamte“, die nur den Schutz des Nachrichtenteams im Sinn haben, wenn sie ihm vorgeben, wo es filmen und interviewen darf und wo nicht. Eine Randnotiz, die den Kriegsbericht auch wieder ein Stück authentischer macht. Bei embedded arbeitenden Kriegsreportern auf der Ostseite der Front dagegen spricht die räumliche Nähe zu den Soldaten nicht für die Authentizität des gedrehten Materials, sondern für das Gegenteil: Alles arrangiert vom russischen Verteidigungsministerium. Die bloße Präsenz russischer Soldaten und Beamter zeigt schon das Ausmaß der Zensur und dass die interviewten Anwohner zu eingeschüchert sind, um auszusprechen, was sie wirklich denken.

Persönlichkeit und Professionalität

Die führenden Medienorgane der deutschen Öffentlichkeit legen auch und gerade in Kriegszeiten großen Wert auf die Abgrenzung zwischen Nachrichten auf der einen Seite und Meinungsbeiträgen, in denen Journalisten persönlich Stellung beziehen, auf der anderen. Mit dieser Einteilung ihrer Tätigkeit untermauern sie nicht nur den Schein, dass ihre Berichterstattung über den Krieg bloß die objektive Wiedergabe der Faktenlage ist. Indem die Kommentatoren dem Publikum vorab ihren Namen mitteilen, ihr Gesicht zeigen oder den Kommentar mit ihrer eigenen Stimme im Radio verlesen, markieren sie ihre Stellungnahme als eine nicht objektive, sondern subjektive, persönliche Sichtweise auf das Geschehen in der Ukraine.

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahresschrift

3-22

Das erste Halbjahr Ukraine-Krieg

Von einer Spezialoperation gegen einen antirussischen NATO-Vorposten zum Zermürbungskrieg:
Selbstbehauptung vs. Zerstörung der russischen Militärmacht

Der Wirtschaftskrieg wird global und prinzipiell

Der Wirtschaftskrieg gegen Russland kommt in Deutschland an

100 neue Milliarden für die Bundeswehr
Eine mit Tankrabatt & 9-Euro-Ticket verabreichte Verteuerung der Mobilität
Gasumlage und andere Gerechtigkeitsprobleme
Inflation und die längst entschiedene Frage, wen sie wie trifft

Das deutsche Leiden an zu wenig Macht

Sahra Wagenknechts Abrechnung mit der „Lifestyle-Linken“

Die deutsche Außenministerin warnt vor

Kriegsmüdigkeit.

Allen Ernstes. Ist die Frau noch bei Trost?

Ja, sicher, sie redet vom Krieg in der Ukraine. Der ist *weit genug weg*, dass nicht die Leute, die sie demokratisch mitregiert, zum Töten und Sterben abkommandiert werden, sondern – erst einmal – nur einige Millionen Slawen. Aber genau das ist ihr, nicht räumlich, sondern qualitativ gesehen, *zu weit weg*. Sie meint, dass von den Ukrainern *unser* Krieg geführt wird. Und sie meint damit nicht, dass *wir* froh sein können, einen nationalen Haufen gefunden zu haben, der *für uns* den Kopf hinhält. Sie mahnt *uns* zur *Identifizierung* mit denen, die dort hinten, weit am Schwarzen Meer, zum Töten und Sterben abkommandiert werden. Identifiziert sie auch *sich* mit denen, die dort das Kommando haben? Bereitet sie *sich* darauf vor, es der ukrainischen Führung gleichzutun zu dürfen? Ermahnt sie *ihre Ampel* – und die mitregierende Opposition gleich mit – dazu, Menschenopfer nicht zu scheuen? Vielleicht tut sie ja nur so. Von Krieg in dem Sinn redet sie gar nicht. Sondern von einem guten Zweck. Von *unseren Werten*, für die die Ukrainer sich so todesmutig opfern und Russen töten; Freiheit, Demokratie und so Sachen. Den Euro meint sie damit sicher nicht, geschweige denn den alltäglichen Konkurrenzkampf um dessen Erwerb. Die Methode, nach der ihre Grüne Partei an die Kommandomacht im Staat gekommen ist, meint sie sicher auch nicht. Aber was meint sie dann?

Werte ist das eingebürgerte Wort für die zielgenaue Abstraktion von allen wirklichen politischen und ökonomischen Lebensverhältnissen und Staatseinrichtungen. Mit dem Zielpunkt nämlich, dass in oder hinter dieser Leerstelle etwas steckt, das *unbedingten Einsatz* wert ist. Kein Lebens- oder Genussmittel, sondern jenes Höhere, Absolute, für das eine wertgebundene Staatsmacht – und welche in der Welt wäre das nicht?! – ihre Bürger zum Totmachen und Sterben abkommandiert, wenn sie Krieg macht. *Werte* haben ihren ganzen Inhalt in ihrer Funktion, Gewalt zu rechtfertigen; in Baerbocks Fall: *Krieg zu idealisieren*. Der darf deswegen auch gerne andauern; bis in den Sommer kommenden Jahres, veranschlagt die Regierung fürs Erste. Dessen darf das Volk nicht müde werden. Das ist schon gemeint.

Um es nochmal so zu sagen:

Entweder möchte die Ministerin den Regierten mitteilen, dass die Phrase von der Opferbereitschaft des guten Staatsbürgers keine bloße Phrase ist; dass die Regierung jedenfalls nicht ansteht, sie in die Tat umzusetzen, wenn sie Soldaten braucht. Und dass das Volk sich nicht zu wundern braucht, wenn es dazu abgeholt wird, sondern allzeit und nimmermüde bereit sein muss, seinem Staat als Waffe zu dienen.

Oder, die andere Möglichkeit: Man hat es mit dem brutalen Zynismus einer Ersatzkanzlerin zu tun, die sich und ihr Volk beim wertgeleiteten kriegerischen Verheizen fremder Völkerschaften zum Durchhalten ermahnt.

Drittens ist das womöglich gar kein Entweder – Oder.

Leute wie Baerbock, regierende wie oppositionell scharfmacherisch mitregierende, machen seit einem halben Jahr eine Zeitenwende. Wozu sie es da mittlerweile gebracht haben, weltweit und daheim, davon handelt diese Zeitschrift.

Der aktuelle GEGENSTANDPUNKT ist ab sofort im Buchhandel oder beim Verlag erhältlich.

FRANKFURT: Autorenbuchhandlung • Hugendubel • Karl Marx • Land in Sicht • Naumann & Eisenbletter • Ypsilon
DARMSTADT: Georg Büchner • Bessunger • GRIESHEIM: Schlapp • SEEHEIM-JUGENHEIM: Gutenberg • MARBURG: Lehmanns • Buchhandlung am Markt • Roter Stern
MAINZ: Cardabela • BAD HOMBURG: Hugendubel • GIESSEN: Bahnhofsbuchhandlung • RODGAU-JÜGESHEIM: Bücherstube

Druckausgabe: 15 € - ISSN-Nr. 0941-5831 - E-Book (pdf, epub, mobi): 10 € - Paket: 18 €

Bestellungen direkt beim Verlag unter www.gegenstandpunkt.com

Ältere Ausgaben der Zeitschrift GEGENSTANDPUNKT sind dort frei recherchierbar.

Mit einer Relativierung des Gesagten hat das freilich nichts zu tun: Sie stellen damit vielmehr ihre Persönlichkeit und den Respekt, den sie in der bürgerlichen Welt für sich reklamieren kann, hinter ihre vorgetragene Positionierung – sei es als ein Jedermann mit kerngesundem Menschenverstand, dem Herz am rechten Fleck und einem festen Platz im Meinungsteil einer großen Zeitung oder als fachkundiger Journalist mit umfanglichem Faktenwissen, mit gutem Draht zu Politikern und einem hohen Rang in seinem Medienhaus. Der Stellenwert des Kommentators fügt seiner Stellungnahme zwar inhaltlich nichts hinzu, macht sie aber garantiert befassens- und anerkanntenswert. Die Quintessenz des Kommentars – „*Putin darf diesen Krieg nicht gewinnen*“, „*Keine Angst vor Putin*“, „*Putin zum Waffenstillstand zwingen*“ – verdient schon von daher nicht nur das Gehör des Volkes, sondern dessen Zustimmung. So wird in der Meinungssparte Klartext gesprochen, welches Spektrum von Haltungen zu Putin, seinen Schergen und den Gegenmaßnahmen der Bundesregierung sich für einen verantwortungsbewussten Staatsbürger gehört.

Die Befassung mit abweichenden Standpunkten

Die Gleichung zwischen der Qualität eines Meinenden und seiner Meinung lässt sich freilich auch polemisch umkehren: Zu einem der schlagenden Gegenargumente in der Medienwelt gehört es, eine Person in ein schlechtes Licht

zu rücken, um den missliebigen Standpunkt zu disqualifizieren, den sie vertritt. Eine Technik, die im Jahr der Zeitenwende großzügig zur Anwendung kommt.

Die Leitmedien machen darauf aufmerksam, dass es bei aller Aufklärung im Land doch tatsächlich Stimmen gibt, die sich der Empörung über den Kriegstreiber Putin nicht bedingungslos anschließen und stattdessen ihre Sicht der Dinge in die Öffentlichkeit tragen. Solchen Leuten wird in Kommentaren, in Talkshows und bei Interviews publikumswirksam bedeutet, dass ihr Standpunkt – bei der Faktenlage – einfach nicht zu fassen ist. Jedes Mal wird der abweichende Standpunkt in einem Ton vorstellig gemacht, der klarmacht, dass er ein Skandal ist: Die linke Oppositionspartei debattiert (!) lange (!!) darüber, wie sie sich zum Ukraine-Krieg stellt; ein Altkanzler (!) setzt immer noch (!!) auf Partnerschaft mit Russland; Friedensaktivisten behaupten, die NATO (!) habe zum Krieg beigetragen; Alice Schwarzer et al. wollen der Ukraine die Waffen zu ihrer Selbstverteidigung (!) verwehren... Mit demonstrativer Verwunderung verteidigen die Journalisten ihre Vorgaben für das Nachdenken über diesen Krieg. Und das Erstaunen ist auch schon die ganze Zurückweisung der missliebigen Standpunkte. Von da aus geht die Befassung mit ihnen regelmäßig in die Frage über, was das für welche sind, die solche Auffassungen vertreten. Da die Fakten eigentlich alles sagen, ist die Antwort auch kein Rätsel: Hier ergehen sich „Russlandfreunde“, die sich ihre eigenen Fakten

erfinden, in ihren Glaubenssätzen. Warum die so ticken, wie sie ticken, darüber ergibt sich über die Kommentare und Talkshowdebatten hinweg eine ganze küchenpsychologische Typologie: Die einen sind naiv und realitätsblind, die nächsten sind empathielos und herablassend – oder es fehlt ihnen gleich ganz an Moral, weil man eigensüchtige Interessen hinter ihren Reden ausfindig macht. Wieder andere sind notorische Realitätsverweigerer und geradezu verrückt. Den Inhabern abweichender Meinungen wird ein fragwürdiger Charakter nachgesagt, der gar kein Urteil über die von ihnen vertretenen Standpunkte nötig macht, um sie zu verwerfen. Für den gleichen Zweck bringen die Journalisten auch die Methode der Denunziation per Assoziation in Anwendung: Wer vom geltenden Konsens der Öffentlichkeit abweicht, ist offenbar für die Russen parteilich, spielt Putin jedenfalls mit der Verbreitung von Missmut gegen die deutsche Russlandpolitik in die Hände und weiß das auch. So gilt ein buntes Sammelsurium von Standpunkten als „fünfte Kolonne Russlands“. Ihre Vertreter verdienen es dementsprechend nicht, als ein Teil der besorgten Bürgerschaft und ihrer sorgeberechtigten Vertretung ins seriöse Meinungsspektrum aufgenommen zu werden. Die kritische Frage ist vielmehr, ob sie im Sinne des Konsenses konsequent genug aus jeder Partei, den Führungsposten und den Ehrenplätzen der Republik entfernt werden.

Von der Berichterstattung vom Angriffskrieg

über die hautnahen Reportagen vor Ort bis hin zum Umgang mit Andersdenkenden: Jedes Mal „argumentiert“ die deutsche Öffentlichkeit mit der Realität, die im Grunde für sich spricht, nämlich für die bedingungslose geistige Parteinahme in diesem Krieg und dessen Übersetzung in eine Auseinandersetzung zwischen guten und bösen Staaten. Wenn sie auf ihre eindeutige Botschaft und deren Alternativlosigkeit pocht, dient das einem guten Zweck: Es geht den Leitmedien nicht nur darum, dass das Volk die neue Rüstungs- und für es kostenträchtige Russlandpolitik Deutschlands bedingungslos als unumgängliche Konsequenz akzeptiert. Nach ihrer verantwortungsbewussten Selbstauffassung leisten sie auch einen unverzichtbaren Beitrag dazu, dass die Bundesregierung Kurs hält und ihrem Auftrag nicht zaudernd, sondern konsequent nachgeht. Wenn sie eine antirussische Haltung zum Gebot der Stunde erklären und zur gültigen öffentlichen Meinung machen, bringen sie in ihrer Vorstellung die Politiker in Zugzwang, die „eingetretene“ Zeitenwende mit ihrer Amtsmacht zu vollstrecken. Mit ihrer Déformation professionelle stellen sie das Verhältnis von Politik und öffentlicher Moral auf den Kopf. Der Beschluss der Regierungsparteien in Einigkeit mit der christlichen Oppositionsfraktion, die Zeitenwende *einzuläuten*, gegen Russland eindeutig Partei und dementsprechend feindliche Maßnahmen zu ergreifen, ist der Grund für die kompromisslose Parteilichkeit der Meinungsbildner.

Zur Einschwörung des Volks auf den Kurs seiner Führung

Am 24. Februar, dem Morgen nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine, tritt die deutsche Außenministerin mit folgenden Worten vor die Kameras:

„Liebe Mitbürgerinnen und liebe Mitbürger, wir sind heute in einer anderen Welt aufgewacht... Wir haben uns diese Situation nicht ausgesucht. Wir können und wir wollen ihr nicht aus dem Weg gehen. Die Europäische Friedensordnung der letzten Jahrzehnte ist die Grundlage für das Leben in Wohlstand und Frieden. Wenn wir jetzt nicht entschlossen dafür eintreten, werden wir einen noch höheren Preis zahlen.“

Frau Baerbock berichtet vom Beschluss des Kabinetts, sich in diesem Krieg zu engagieren und dem russischen Machtanspruch in Osteuropa entgegenzutreten. Das kollektive „Wir“, in dessen Namen sie spricht, ist zunächst das der Regierung. Für die souveräne Instanz, die die für alle verbindlichen Entscheidungen im Land trifft, nimmt sie in Anspruch, dass sie eine Freiheit der Entscheidung gar nicht gehabt habe. Sie fingiert staatliche Ohnmacht, um die Macht unwidersprechlich zu machen, mit der sie handelt: Die Welt, die Lage, die Russland hergestellt hat, lässt ihr keine Wahl; alles, was das heutige Deutschland ausmacht – Europa, Wohlstand, Frieden – steht auf dem Spiel; „Wir“ sind angegriffen, „wir“ müssen dagegenhalten. Die Herausforderung anzunehmen und mit der Förderung der ukrainischen Kriegsfähigkeit zu beantworten, ist eine Notwendigkeit: *Dieser Krieg ist unser Krieg.* Mit dieser Botschaft wendet sich die Ministerin an das weitere „Wir“, die „lieben Mitbürger“, die vom osteuropäischen Krieg selbst nicht, dafür aber vom Beschluss ihrer Regierung, sich einzumischen, betroffen sind. Für sie gibt es tatsächlich keine Freiheit der Entscheidung, denn über sie ist entschieden worden. An sie ergeht die Aufforderung, genau dieses Verhältnis zu dementieren: Sie sollen so tun, als hätten sie etwas zu entscheiden und als hätten sie sich entschieden. Jeder Einzelne soll „unseren Krieg“ als seine Sache begreifen und Stellung beziehen; soll sich von der „militärischen Sonderoperation“ Russlands herausgefordert fühlen, Putin für seinen Feind halten und sich überlegen, wie er handeln würde, wenn er Kanzler oder eben Außenministerin wäre. Natürlich fällt alles Praktische und Wirkliche, was „die Deutschen“ aus dem Krieg in der Ukraine folgen lassen, in die Kompetenz, die Zwecke und Zweckmäßigkeitserwägungen der Regierung. Aber das darf die Bürger nicht hindern, sich als Mitbetroffene von dem Krieg und Mit-Subjekte der deutschen Antwort auf ihn zu imaginieren; auch wenn die Stellung, die sie dann beziehen, völlig belanglos ist und – sieht man einmal von den Verrückten ab, die selbst zum Mitkämpfen nach Kiew reisen – praktisch in gar nichts anderem bestehen kann als in der mehr oder weniger entschiedenen Billigung der Einmischung des deutschen Staates ins blutige Geschehen und im Aushalten

ihrer Konsequenzen. Dazu müssen die vielen fiktiven Mit-Subjekte einer deutschen Stellung die Kriegskalkulationen der Bundesregierung überhaupt nicht kennen. Es reicht, dass sie sich als das große, vom Krieg betroffene „Wir“ ansprechen und die längst entschiedene Frage nach „unserer“ korrekten Stellung dazu vorlegen lassen. So werden die von ihrem Staat in eine Kriegslage hineingezogenen Bürger mit ihrem Staat identifiziert und identifizieren sich mit ihm, wenn der „zwei Flugstunden von Berlin entfernt“ die eine Kriegspartei aufrüstet, um der anderen ihren Krieg kaputtzumachen. Das ist die *erste unwahre Gleichsetzung*, auf der der öffentliche Kriegsdiskurs beruht.

Kanzler Scholz fügt dem einen leitenden Gesichtspunkt hinzu:

„Für all das gibt es keine Rechtfertigung. Das ist Putins Krieg. Putin bringt damit Leid und Zerstörung über seine direkten Nachbarn. Wir stehen an der Seite der angegriffenen Ukraine. Ihr mit Waffenlieferungen zu ihrer legitimen Selbstverteidigung zu verhelfen, ist keine Kriegsbeteiligung und keine Eskalation.“ (Kanzler Scholz bei verschiedenen Gelegenheiten)

Für den russischen Angriff wie für die ukrainische Gegenwehr kennt Scholz keine Gründe und Zwecke der involvierten Staaten, sondern nur Rechtfertigungen bzw. deren Fehlen, die Übereinstimmung oder die Verletzung von Normen, als deren Hüter er sich präsentiert. So konsequent ersetzt er – und wird in der deutschen Debatte die *Frage nach Gründen* durch die *nach Schuld und Unschuld* ersetzt, dass allein die Erwähnung, dass auch die russische Seite mit ihrem Krieg einer staatlichen Logik folgt, als Entschuldigung und Relativierung ihrer Verbrechen verstanden und verworfen wird. Ebenso konsequent vermeidet man es, die ukrainischen nationalen Ambitionen, geschweige denn die eigenen oder die strategischen Interessen der westlichen Wertegemeinschaft anzusprechen; die würden die saubere Scheidung von Gut und Böse in diesem Kampf nur verwässern. Wenn Scholz in einem ersten Schritt die Frage nach den Kriegsgründen durch die der Kriegsschuld ersetzt, dann stellt er in einem zweiten die *Untat bzw. den Willen zu ihr als Grund des verurteilten Handelns* hin. So wird aus dem russischen Feldzug „Putins Krieg der Wahl“, ein „grundloser Überfall auf einen friedlichen Nachbarn“. Die *Identifikation von Schuld und Grund* ist die *zweite für die nationale Meinungsbildung konstitutive falsche Gleichung*.

Aus der folgt der kategorische Imperativ, die Ukraine mit Waffen auszurüsten. Diese Selbstverpflichtung geht freilich einher mit einer Distanzierung: *Kriegspartei* wird Deutschland damit nicht. Die Regierung hilft dem Angegriffenen. Aber dass kein Staat ganz ohne eigenen Zweck und eigene Berechnung

einem andern kriegerisch gegen einen dritten hilft, nur weil *der sich retten will*, das geht in alle Hilfszusagen schon mit ein: Der Kanzler behält sich vor, wie weit sein Land sich engagiert; Eskalation soll nicht sein. Er verbürgt sich dafür, dass Putin den Krieg nicht gewinnen und der Ukraine nicht seinen Frieden diktieren darf; doch ohne den Sieg über die russische Großmacht zum deutschen Kriegsziel auszurufen; aber auch ohne einen Zweifel an dem unbedingten Schulterschluss mit Putins Opfer zuzulassen. Das ist die *dritte Gleichung*, nach der die Regierung zu handeln verspricht.

Zu der passt die Botschaft, die die Regierung in Sachen Parteilichkeit ans große nationale „Wir“ richtet; mit der Betonung: *Betroffene Partei* sind wir zwar nicht, umso mehr aber zu unbedingter *Parteinahme* bereit, ja verpflichtet. Der anständige Deutsche identifiziert sich, seine politisch aufgeweckte Privatpersönlichkeit, mit dem Selbstverteidigungsrecht des ukrainischen Staats, das seine Regierung durchzusetzen hilft. Weil es nämlich – sagt die Außenministerin, die es qua Amt ja wissen muss – gar nicht um etwas Politisches geht, sondern um die reine Menschlichkeit:

„Putin mordet Kinder und unschuldige Zivilisten. Das darf niemanden ungerührt lassen. Wer da neutral bleibt, steht auf der Seite des Unterdrückers!“ (Baerbock bei verschiedenen Gelegenheiten)

Die Fiktion, der regierte Bürger in seiner Machtlosigkeit hätte in Sachen Krieg und machtvolle Einflussnahme darauf irgendetwas zu entscheiden, bekommt den passenden Inhalt: Zu entscheiden hat ein jeder – sonst nichts, aber umso mehr – *sich*. Und zwar in einer Frage, in der es eine zulässige Alternative schlechterdings nicht gibt: Wie stehst du dazu, dass Putin Kinder umbringt? Wer da Bedenkzeit braucht – womöglich für eine Überlegung der Art, dass im Krieg Staaten nach eigens geschaffenen Recht und Gesetz *für sich und ihre Zwecke* eigene und fremde Untertanen verheizen –, outet sich als Helfershelfer, mindestens als ideeller, eines Massenmörders; wer Kinder mag, muss dafür sein, dass der Krieg für Russland verloren geht. Der *Krieg* ist damit perfekt in ein Moraltheater verwandelt, nämlich an beiden Enden *vermenslicht*: Hie der böse Mensch Putin, dort die guten Kinder von Butscha und anderswo. Der ukrainische Staat, dessen Ambitionen Russland nicht duldet und dessen Kriegserfolg Deutschland aus seinen Gründen will, ist – die unwahre *vierte Gleichung* – identifiziert mit unschuldigen ukrainischen Menschen, die in der Realität russischen Waffen ebenso zum Opfer fallen wie der kämpferischen Selbstbehauptung ihrer Obrigkeit. Und das ausländische Interesse an der Ukraine ist identifiziert mit der menschlichen Empathie von Privatpersonen, denen das Leiden und Sterben so sehr ans Herz geht, dass daraus unmittelbar der Ruf nach

mehr Waffen und mehr Gewalt auf der richtigen Seite und mehr Opfern auf der falschen folgt. Wer da womöglich schon wieder zögert – solche Zauderer gibt es ja sogar in höheren Positionen –, wird vor die inquisitorische Frage gestellt: *„Willst du der Ukraine das Existenzrecht absprechen?“* Der Umweg über die unschuldigen Kinder darf da auch mal entfallen. Aber wenn die gelieferten Waffen für den nationalen Gesinnungs-Militarismus zu klein sind, dann geht im öffentlichen Kriegsdiskurs jeder tote Ukrainer gleich wieder aufs Konto noch nicht gelieferter Haubitzen aus deutschen Beständen, ohne die sich der Russe nicht am Vergewaltigen hindern lässt.

Es ist offenbar unbeachtlich, dass in der Wirklichkeit überhaupt nichts davon abhängt und nichts daraus folgt, dass Herr und Frau Niemand einem fremden Staat irgendein Recht zu- oder absprechen. Es gehört sich in der Meinungsbildung zum Krieg einfach, dass jedes Individuum ganz persönlich für den Krieg eine fiktive Verantwortung übernimmt und so tut, als hinge sein Verlaufs und Ergebnis von seiner Stellungnahme ab: Der Krieg ist meine Sache, eine Herausforderung an mich als Mensch, an meinen Gerechtigkeitssinn, meine Gefühle, meine Sympathien. Niemand bringt die verlogene Identifikation mit dem ukrainischen Staat und die daraus folgende Gleichung von Leiden und Kriegstreiberei so glaubwürdig und betroffen rüber wie ein Journalist der Bildzeitung:

„Was soll man als Vater, als Mutter, als Mensch, dazu noch sagen?! Niemand ist mehr sicher vor diesem Terrorherrscher. Wir müssen Putins Regime vernichten. Bevor es uns vernichtet. Ich geh jetzt mal kurz heulen.“ (Tweet von BILD-Reporter Julian Roepcke, 24.2.22)

Dieses fiktive Subjekt-Sein in einem Gewaltgeschehen, von dem der Normalmensch nur passiv und hilflos betroffen ist – in der Ukraine praktisch, hier im Wesentlichen nur ideell –, ist die Prämisse der öffentlichen Debatte über den Krieg und die deutsche Beteiligung an ihm. Diese Prämisse stellt sicher, dass kein wahres Wort über Grund und Zweck des Zusammenpralls von Weltmächten auf dem osteuropäischen Schauplatz mehr fällt. Darüber fällt nämlich gar kein Wort. Die Staaten und ihre Machtansprüche sind durch die komplette Vermenschlichung ihrer Konfrontation aus dem Spiel: Russland kommt als strategisch kalkulierende *Staatsmacht* nicht vor, die antirussische Allianz als Subjekt strategischer Kalkulationen genauso wenig. Mit der totalen Entpolitisierung des Kriegsgeschehens ist dessen *wirklicher* Urheber, das auf allen Seiten tätige Subjekt, das als einziges zu Krieg überhaupt fähig ist: die Staatsmacht mit ihrem Gewaltmonopol und ihrem jeweiligen Ehrgeiz – *freigesprochen*.

Abweichende Meinungen zum Krieg in der Ukraine

Im Gegenstandspunkt sind bislang diverse Artikel zur Osterweiterung der EU, der NATO, dem Krieg in der und um die Ukraine sowie zur Entmachtung Russlands erschienen.

2-22: Die drei Gründe des Ukraine-Kriegs

Den Krieg in der Ukraine führen drei Beteiligte: Russland als Angreifer unter dem Titel einer „militärischen Spezialoperation“; die angegriffene Staatsgewalt in Kiew mit ihrem Kommando über eine von den USA und der NATO gedrillte und ausgerüstete Armee; der Westen nicht direkt als Kriegspartei, dafür doppelt: als Finanzier des ukrainischen Staates, als Organisator seiner Militärmacht; sowie, und das wiederum ganz direkt, mit einem Wirtschaftskrieg, der diesen Namen verdient, weil er auf die Zerstörung der kapitalistischen Grundlage der russischen Staatsmacht zielt.

2-22: Wirtschaftskrieg – Die zweite Front, die die USA und ihre Verbündeten zur Zerstörung Russlands aufmachen

Dass die NATO-Staaten ihren Krieg gegen die militante Selbstbehauptung Russlands von der Ukraine führen lassen, die Ukraine dafür mit Waffen und Geld ausstatten und deren Gegenangriffe auf russische Truppen orchestrieren, ist das eine. Das andere ist, dass sie ihre ökonomische Macht als Waffe gegen Russland in Anschlag

bringen, durch deren Einsatz „die russischen Möglichkeiten zur Fortsetzung der Aggression wirksam vereitelt werden“. Das präzisieren sie schnell dahingehend, dass Sanktionen nur langfristig wirken können.

1-22: Russland ringt um seine Behauptung als strategische Macht – Amerika um deren Erledigung

Mitten in unserem schönen Europa mit seiner wunderbaren Friedensordnung *auf einmal* wieder Krieg? Wie konnte es bloß dazu kommen? Ja, wie nur? Auf einmal, mitten im schönsten Frieden, ist da jedenfalls nicht ein Krieg ausgebrochen. Er ist auch nicht *aus unerfindlichen Gründen* von irgendeinem durchgeknallten russischen Autokraten vom Zaun gebrochen worden. Auch in dem Fall gilt: Die Gründe für den Krieg werden im Frieden geschaffen.

3-21: Wie die Ukraine die Szenerie eines drohenden Kriegausbruchs produziert und die Welt um eine neue Anklage gegen Russland bereichert

Im Winter dieses Jahres beginnt die Ukraine mit umfassenden Kriegsvorbereitungen. Der

ukrainische Armeechef Ruslan Chomtschak erklärt, „auf dem Ausbildungsprogramm der gesamten ukrainischen Armee stünden in diesem Frühjahr Straßen- und Häuserkämpfe in städtischer Umgebung“. Verletzungen der Waffenstillstandsabkommen an der Demarkationslinie finden ohnehin regelmäßig statt, dazu kommt laut einer Meldung der OSZE die zunehmende Vorverlegung schwerer Waffen, die gemäß einer Einigung im Minsk-Format zurückverlegt worden waren. Gleichzeitig „verbreitet die ukrainische Seite offenbar gezielt Indiskretionen, die auch auf die Option eines größer angelegten militärischen Angriffs auf die ‚Volksrepubliken‘ verweisen.“

2-20: Die Ukraine in den Zeiten von Corona: Von Russland befreit, bis zum Ruin verweslicht, von Krisen überrollt

Im Artikel über die Ukraine wird erklärt, was die Karriere dieses Landes zum gigantischen ‚failed state‘ mit den Bemühungen zu tun hat, es zum kapitalistisch wirtschaftenden antirussischen Frontstaat zu machen – und warum die Folgen der Pandemie so katastrophal ausfallen, wie der Zustand des ganzen Landes längst ist.

3-19: Nicht erst unter Trump, unter Trump aber in neuer Entscheidungheit: Die amerikanische Weltmacht treibt die Entmachtung ihres russischen Rivalen voran

3-15: Das Minsker Abkommen: Schon wieder so ein Friedensprozess

2-14: Das Gemeinschaftswerk der europäischen Nachbarschaftspolitik und des amerikanischen Friedensnobelpreisträgers: Ein Bürgerkrieg in der Ukraine und eine neue weltpolitischen Konfrontation

Etliche Artikel sind frei verfügbar: gegenstandspunkt.com/krieg-ukraine

